

## Politische Rundschau.

Deutschland.

\* Am Geburtstage des Kaisers ist eine größere Anzahl Veränderungen und Verbesserungen in den höheren Kommandostellen der Armee erfolgt.

\* Die Schwierigkeiten zwischen Deutschland und China sind, wie aus Peking gemeldet wird, endgültig gehoben.

\* Der Dampfer "Darmstadt" mit den Belegschaftskräften an Bord ist am Mittwoch in Kiautschau eingetroffen.

\* Leider ist in Kiautschau wiederum seitens des chinesischen Volkes eine Mordtat vorgenommen. Der Matrose Schulz vom Kreuzer "Adler", der in Tsching auf Posten stand, wurde in der Nacht zum Montag überfallen und getötet.

\* Das Bestreben des Fürsten Bismarck läßt zur Zeit wenig zu wünschen übrig. Die Folgen des letzten außen Anfalls sind behoben. Professor Schweninger ist seit Neujahr nicht in Friedrichshafen gewesen, gewiß ein gutes Zeichen.

\* Dem Reichstag ist der am 28. April 1897 in Berlin unterzeichnete Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen dem Reich und dem Orange-Freistaat nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats zur verfassungsmäßigen Beschlussnahme zugegangen. Der Vorlage ist eine erläuternde Denkschrift beigelegt.

\* Zur Nachener Landesversammlung angelegentlich erschien das "Leip. Tagl.", daß vom Reichsgericht nur das Verfahren gegen einen in Haft befindlichen Wirt in Beroers, der in Nachen fortgelebt Militärverlönen zum Verrat militärischer Geheimnisse veranlaßt haben soll, eingeleitet worden ist. Die übrigen in die Sache verwickelten Personen gehören dem Militärfstande an und unterliegen somit dem Militägericht. Wie das "Leip. Tagl." ferner mitteilt, ist die vor kurzem aus Braunschweig gemeldete Landeskrieger-Sache garnicht an das Reichsgericht gekommen. Deshalb ist anzunehmen, daß es sich hierbei nur um einen Diebstahl handelt.

\* Am 1. Januar 1897 belief sich die Zahl der deutschen Seeschiffe auf 3678 (gegen 3592 am 1. Januar 1896) mit 1 487 577 (1 502 044) Tonnen Nettovermögen. Darunter befanden sich 2552 (2524) Segelschiffe mit 597 617 (622 105) Tonnen und 1126 (1068) Dampfschiffe mit 889 960 (879 939) Tonnen. Auf das Ostseegebiet entfielen 898 Schiffe mit 1 750 606 Tonnen. Der Anteil Preußens umfaßte 2055 Schiffe mit 255 443 Tonnen.

\* Wie bestimmt verlautet, wird die Regierung aus Rücksicht auf den für das nächste Jahr in Aussicht genommenen Ausgleich in der Besoldung der Unterbeamten es ablehnen, den Beschlüssen der Budgetkommission des Reichstages folge zu geben, die eine Erhöhung des Anfangsbudgets der Postunterbeamten von 800 auf 900 Mrd. und des Endbudgets der Landbriefträger von 900 auf 1000 Mark verlangen. Dagegen soll die Amtsstellung der Unterbeamten dadurch eine Verbesserung erfahren, daß die bis jetzt 12-jährige Frist zwischen der erstmöglichen fürbaren Anstellung und der Anstellung auf Lebenszeit bei den Postunterbeamten auf 8 Jahre ermäßigt und daß die Rundungsschrift der noch nicht auf Lebenszeit angestellten Postunterbeamten von vier Wochen auf drei Monate erweitert wird.

\* In den nächsten Tagen tritt der Nat.-Bdg. auf, in Berlin eine Konferenz zusammen, die über die weitere Fortbildung der Kaufmannischen Unterrichtsanstalten beraten soll. An die Teilnehmer ist eine Uebersicht über die Kaufmännischen Unterrichtsanstalten verteilt worden.

\* In Graubenz ist nunmehr endgültig die Errichtung einer Handelskammer, der zweiten im Regierungsbezirk Marienwerder, in Aussicht genommen, und zwar unter Einbeziehung der benachbarten Kreise.

\* Die endgültige Feststellung der Grenze Deutsch-Ostafrika nach dem Kongostaate hin, nördlich von Tanganyika,

wird voraussichtlich noch in diesem Jahre zu Verhandlungen führen. Von Reichs wegen ist die Abbindung einer Kommission in Aussicht genommen, die im Frühjahr an Ort und Stelle die vorbereitenden Arbeiten übernehmen soll. Zum Vorsitz der Kommission ist Kompanieführer Hermann von der ostafrikanischen Schutztruppe bestimmt worden. Ihm wird der Premier-Lieutenant Glauning, der seit November in derselben Schutztruppe dient, beigegeben werden.

Oesterreich-Ungarn.

\* Nach offiziellen Veröffentlichungen erwartet die österreichische Regierung in wenigen Wochen eine Rückführung der Lage. Sie hofft, daß der größte Teil der deutschen Abgeordneten noch Gehalt der geäußerten Sprachen. Verordnung an der Öffentlichkeit nicht mehr festhalten wird. Auch die Sozialdemokraten würden die weitere Obstruktion aufheben.

\* In Prag herrscht Ruhe — bis zum Freitag im Landtagssaal, die Ruhe der Verlassenheit in den Reihen der deutschen Universität und der deutschen technischen Hochschule, und wenn das Militär durch patrouilliert und die Polizei wachsam auf dem Posten ist, vielleicht auch interimsistisch Ruhe auf den Straßen. Auf Zwischenfälle wird man aber immer gefaßt.

Frankreich.

\* In der Deputiertenkammer ist ein Antrag eingekommen, die Zuckerprämie von dem Tage an aufzuheben, den die internationale Konferenz für deren Beseitigung in den übrigen Ländern festgesetzt werde.

\* In der Dreyfusangelegenheit sollen von Seiten Englands, Österreichs und Italiens ähnliche Verwahrungen, wie die deutsche, bevorstehen. (Ob auch von russischer Seite?)

\* Auf den Vorwurf, daß er Zola nur wegen eines Punktes vor die Geschworenen geladen habe, erwiderte Ministerpräsident Meline in der Kammer, er habe die Ehre der Generalität nicht unter das Datum der Geschworenen bringen wollen!

Schweiz.

\* Die Initiative für die Wahl des Bundesrates durch das Volk, ebenfalls ein sehr wichtiger Wunsch der Sozialdemokraten, soll nach Beschluss der "Arbeiter-Union Bern" jetzt sofort ins Werk gestellt werden, da der jetzige Zeitpunkt der geeignete sei. Wenn die Angelegenheit von den Volkswohlfreunden nicht dinnen fürchterlich frist in die Hand genommen werde, so kündigt die Arbeiter-Union an, von sich aus mit einer Initiative vorzugehen.

Holland.

\* Die Krönung der Königin Wilhelmine von Holland in Amsterdam ist auf den 6. September d. festsgelegt worden. Es bewährt sich nicht, daß für den deutschen Kaiser durch die deutsche Gesellschaft bereits ein Palais oder Hotel gemietet ist. Das Fest soll vielmehr auf Wunsch der beiden Königinnen (Königin Wilhelmine und Königin Emma) in denselben Weise wie die Krönung weiland Wilhelms III. vor sich gehen und als Familienfest mit dem niederländischen Volke begangen werden. Ein diesbezügliches vertrauliches Befehl ist vor kurzem durch das Ministerium des Neuherrn im Haag an die europäischen Höfe verfaßt worden, durch Indiskretion ist jedoch der Inhalt desselben in die niederländische Presse gelangt.

Amerika.

\* Trotz der offiziellen Washingtoner Erklärung, daß die Entsendung eines amerikanischen Kriegsschiffes nach Havanna gar nichts zu bedeuten habe, erhält sich die Ansicht, daß sich etwas Ernstes vorbereitet. Der "New York World" wird aus Washington gemeldet, daß dort unter Vorstoß der Präsidenten Mac Kinley ein Kadettencorps stationiert habe, der durch wichtige vom amerikanischen Generalkonsul Lee aus Havana eingetroffene Deputen veranlaßt worden sei.

\* Bezuglich des Verhältnisses zwischen Chile und Argentinien kommen von

chilenischer Seite noch immer beruhigende Kündigungen. Doch kann man sich einiger Bedenken nicht erwehren, es könnte im Hintergrund der gegenwärtigen Lage ein Konflikt schummern. In Santiago fand eine patriotische Massenversammlung statt, an der etwa 15 000 Personen teilnahmen. Bei dem Empfang einer Abordnung dieser Versammlung erklärte Präsident Errazuriz, es bestreite sein Grund zu Vergrößen, da die Verträge mit Chile geschieden würden, und die Vereinte Chile und Argentinien bei der Durchführung der Vertragsbestimmungen blieben nicht auf irgend welche Hindernisse gestoßen wären. Der Präsident fügte hinzudenken, daß die chilenische Regierung erwarte mit vollkommenem Vertrauen, daß das Volk, wenn es erforderlich sein sollte, in Übereinstimmung mit seinen ehemaligen Traditionen seine Pflicht thun würde.

## Deutscher Reichstag.

Am 26. b. stehen auf der Tagesordnung die Anträge der Abg. v. Blod und Bauché betr. Einführung einer Fabriksteuer bzw. einer Verbrauchsabgabe auf Sacharín und eines Zolls auf Sacharín.

Nach dem Antrag Bauché soll die Verbrauchsabgabe und der Zoll 80 M. pro Kilogramm betragen.

Abg. v. Blod (cont.) Der Zuckerindustrie und dem Albenbau müsse geholfen werden, wenn auch der kleine Albenbau in Zukunft bestehen sollte. Die Besteuerung des Sacharins würde ein kleines Mittel sein, die großen Mittel wären die Aufhebung der Exportprämie und die Abschaffung der Kontinuenten. Bei der hohen Besteuerung des Zuckers (ca. 100 Millionen jährlich) würde keine Konkurrenz, das Sacharín, nicht völlig zoll- und steuerfrei bleiben. Bisher hatte man in Deutschland nur 2 Sacharinfabriken, jetzt sind es schon 4, im Ausland 4 und in England seien Neuannehmungen geplant. Die Fabrikanten erzeugen große Mengen von Sacharín und verkaufen sie mit hohem Gewinn. Jetzt sei es an der Zeit, die Besteuerung einzuführen, da die Industrie sich noch mehr ausweite und unsere Zuckerindustrie ruiniere. In einigen Ländern sei das Sacharín ganz verboten, weil gesundheitsschädlich; ein Nahrungsmittel wie Zucker sei es nicht. Zu den festen Zahlen des Abg. Bauché wollte er heute noch keine Stellung nehmen, vielleicht seien sie noch zu niedrig.

Abg. Herrmann (Frei. Bp.): Auch er glaubt, daß die Steuer auf Sacharín die Zuckerindustrie nicht fördern werde, ferner, daß die Exportprämie und die Konsumsteuer abzuschaffen seien. Er besteht aber, daß der Zuckerindustrie im Sacharín ein gefährlicher Feind erwache, jedenfalls sei es jetzt eine ganz ungeeignete Zeit, die Klasse der Gesetzgebung in die Hand zu nehmen, da eine allgemeine Reform der Zollbesteuerung in Aussicht stehe. Sacharín möge nur einen ganz kleinen Teil der Zuckerproduktion aus.

Abg. Bauché (natl.): Das eigentliche raffinierte Sacharín mit 500 facher Süßkraft des Zuckers kostet heute 50 M. Ein Zoll- und Steuerzoll von 80 M. würde also durchaus angemessen sein. Die berechtigte Beweisung des Sacharins, namentlich zu Heilzwecken, würde durch eine solche Steuer gar nicht eingeschränkt werden. Das Sacharín wird vielleicht bereits in der Industrie, und zwar momentan in der Nahrungsmittelbranche, gebraucht. Es wäre das beste, beide Anträge einer Kommission zu überweisen.

Reichsstaatssekretär Herr. v. Thielmann: Die verbündeten Regierungen haben zu den Anträgen noch keine Stellung genommen. Der Preis der Süßstoffe erweitert sich fortwährend, und jeder Tag kann uns eine Reihe neuer Stoffe bringen. Die neuertechnische Durchführung der verlangten Maßnahmen würde also schwierig sein. Vielleicht wäre es richtiger, dem von anderen Staaten eingeschlagenen Wege zu folgen und Verhandlungen für das Sacharín einzuführen. Beispielsweise der Zuckerkonferenz in Brüssel herrscht zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich vollkommenes Einverständnis über die Vorschläge, die dort gemacht sind.

Abg. Schwarze (Bentz.): Beide Anträge an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Wurm (sos.): Ich hält die Einführung einer Steuer und eines Zolls für unzweckmäßig. Das heftige Mittel, die Verbreitung des Surrogats einzuhören, würde die Verbildigung des Zuckers nicht einstellen.

Damit schließt die Diskussion. — Der Antrag Bauché wird an eine Kommission von 14 Mitgliedern verweisen. Eine Abstimmung über den Antrag Blod wird ausgezogen.

Es folgt die erste Beratung des von den Sozialdemokraten (Abg. Auer u. Gen.) eingebrachten

Gesetzentwurfes zur Sicherung des Sammlungs-, Vereinigungs- und Kooperationsrechts.

Abg. Seeger (sos.): begründet den Antrag mit dem Hinweis auf die vielen Verdächtigungen gerade der Arbeiter-Organisation durch die Polizei. Deshalb müsse der Reichstag entschieden Stellung nehmen gegen solche Verkürzung des Kooperationsrechts. Auf dem Gedanke des Vereinigungsrechts sei das Verbrechen des Reichskanzlers noch immer nicht eingelöst. Das Notvereinigungsgebot vom vorigen Jahre liege noch immer unerledigt im Bundesrat. Die Folge sei, daß das Vereinigungsrecht in Sachsen nach wie vor parteiisch gehandhabt werde.

Sächsischer Ministerialdirektor Hilscher verweist seine Regierung gegen den Vorwurf, daß sie das Gesetz parteiisch handhabte. Es handle sich um ein Gesetz, das auf dem Boden der sächsischen Verfassung steht. Beklauen gegen seine Ausführung seien also im sächsischen Landtag vorzubringen.

Abg. Frhr. v. Stumm (freifont.): meint, der Antrag sei formal und materiell überflüssig. Einmal liegen bereits andere Anträge zur Sicherung des Kooperationsrechts vor, dann aber geht der sozialdemokratische Antrag, der nolle Vereins- und Versammlungsrechte ohne Polizeiaufschluß fordere, viel zu weit und könne nicht Annahme finden. Die Regierung könne die Nachmittel nicht entbehren, die sie habe. Eher müßten dieselben gefordert werden. Den Antrag bitte er einfach abzulehnen.

Abg. Venzmann (fr. Bp.): erklärt, seine Freunde ständen dem Antrag künftig gegenüber und beantragen, denselben einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. Auf seinem Gebiete würden die Volks- und Parlamentsrechte so mißachtet, wie auf dem Kooperationsrecht. Das Reich habe verfassungsmäßig das Recht und deshalb auch die Pflicht, das Vereinigungsrecht reichsgesetzlich zu regeln.

Nach kurzen Auseinandersetzungen zwischen den Abg. Frhr. v. Stumm und Venzmann wird ein Berichtigungsantrag angenommen. Nächste Sitzung Freitag.

## Preußischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Mittwoch das Gesetz über die Aufhebung der Verpflichtung zur Bezahlung von Amtsleistungen in dritter Lesung an. Es folgte dann die erste Lesung des von dem Abg. Wurm u. Gen. (Bentz.) beantragten Gesetzentwurfs auf Änderung des Kommunalmautrechts. Minister Frhr. v. d. Recke empfahl dem Hause, den Antrag nicht anzunehmen, aber ihn höchstens der Regierung als Material zu überweisen. Abg. v. Genner (natl.): befämpfte gleichfalls den Antrag, der augenscheinlich nur agitatorische Zwecke im Hinblick auf die Neuwahlen verfolge. Der Antrag wurde an eine Kommission verwiesen.

## Von Nah und Fern.

Hamburg. Die Kommersängerin Frau Schumann-Heink hat einen zehnjährigen Kontakt mit der Berliner Operette gegen eine Jahresgage von 24 000 M. abgeschlossen, trotzdem die Direktion des Hamburger Stadt-Theaters ihr eine Gage von 26 000 M. angeboten hatte. Ihr Gatte, Paul Schumann, ist als Regisseur und Schauspieler für die gleiche Kontraktdauer an das Königl. Schauspielhaus in Berlin engagiert worden. Frau Schumann-Heink tritt ihr neues Engagement bereits mit dem 1. August d. an und erhält während der ersten Jahre einen feiernden Urlaub, um ihren amerikanischen Verpflichtungen nachzufommen.

Toet. Die Gründung der Kornverkaufsgenossenschaft scheitert bei vielen Landwirten nicht den erwarteten Anfang zu finden. Der Grund soll sein, daß die Genossen angehalten sind, den ganzen Betrieb der vertraglichen Maßnahmen würde also schwierig sein. Vielleicht wäre es richtiger, dem von anderen Staaten eingeschlagenen Wege zu folgen und Verhandlungen für das Sacharín einzuführen. Beispielsweise der Zuckerkonferenz in Brüssel herrscht zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich vollkommenes Einverständnis über die Vorschläge, die dort gemacht sind.

Magdeburg. Der mennonitische Grenadier Throner vom Kaiser Alexander Gardegrenadier-Regiment Nr. 1 ist vor kurzem, nach Verbüßung seiner letzten Strafe der Arbeiter-Abteilung in Magdeburg überwiegen worden, wo er nicht in die Lage kommt, ein Gewehr handhaben zu müssen. Zu einer Arbeiter-Abteilung kommen diejenigen bestreiten Mannschaften, an denen alle Disziplinarmittel ohne Erfolg zur Anwendung gebracht werden find.

Sie kamen an einen sumpfigen Bach, über dem ein Steg lag. Erwin wollte Gräfin die Hand reichen.

"Ich danke," antwortete sie nun und setzte in leichtem Sprung hinüber, ohne den Steg zu benutzen. Er kaunte bewundernd ihre Klamme. Ihre Kraft an. Im Weitergehen fragte Gräfin: "Zu welchem Zweck sind Sie eigentlich hier? Wollen Sie sich hier erhalten?"

Er erwiderte leicht. Nein, ich suchte etwas, eine Rosenart, Rosa Spinossima, und Ihre lieben Eltern haben mir Gastfreundschaft gewährt."

Tiefste Röte stieg in Gräfines Wangen. Wie schrecklichlos von ihr gegen einen Gast! Um ihre Verlegenheit zu verbergen, fragte sie hastig: "Wie heißt das? Rosa Spinossima?"

"Spinossima, d. i. vielfachelige Rose, auch Rosenrose genannt — und ich glaube, ich habe sie schon gefunden."

Bezweiten, mit mißtrauischem Blick sah sie zu ihm auf: aber er ging rasch zu einem wilden Rosenstrauß am Wege und untersuchte ihn aufmerksam. Gräfin folgte ihm, und plötzlich fühlte er eine kleine weiche Hand auf der seinen.

"Ich wollte Sie nicht verlecken," sagte sie und sah ihm lächelnd in die Augen.

Er lächelte glücklich und deutete sanft ihre Hand. Dann bog er einen blühenden Zweig nieder und sagte doppelmäßig:

"Ich kann Sie noch nicht erkennen, Sie hat der Blätter und Dornen gleich viele."

Gräfin und Erwin gingen jeden Tag zusammen in die Heide. Er suchte seine Rose, und sie irrte umher, pflückte Blumen und sang.

## Rosa Spinossima.

2) Ein Heide-Idyll von A. v. Osten.

(Fortsetzung)

Die Gattin lief hinaus, und ein Imbiss wurde aufgetragen.

"Wo ist das Mäbel?" fragte der alte Schriftsteller grimmig, und seine Gattin beeilte sich zu antworten, daß Gräfin spazieren gegangen sei.

"Das ist sie gewesen," lollte Haibegger, sie jobelt wie ein Trödel. Aber nehmen Sie sich nur vor der in acht, Herr Doktor, lehnen Sie sie nicht etwa für Ihre Rose an — wie heißt sie doch? Sie hat Stacheln, die Blitze, läßt sich nicht pflegen."

"Ich glaube," erwiderte Erwin lächelnd und betreut, "es seien die Geister der Heide gewesen."

Christof Haibegger antwortete darauf mit seinem derben, boshaften Lachen.

• • •

Das Mittagessen war vorüber. Christoph Haibegger und sein Weib hatten sich zu einem Schätzchen zurückgezogen; Gräfin und Erwin saßen auf der Veranda sich gegenüber mit der halben reizvollen Schau der ersten Bekanntschaft. Verstohlen ruhte sein Blick immer wieder auf dem schlanken Mädchen im hellen Kleide, mit den schwarzen Haaren, den schwarzen

brausen Haaren und dem lieblichsten roten Mund, mit der Gestalt so bleiglas wie ein junger Rosenstock, mit den Wangengruben voll Schwellen darin.

"Also Sie sind es gewesen!" sagte er. "Sie haben mich also gesehen!"

"Mit Ihrer Erlaubnis, gelehrter Herr Bitter. Sie hätten das übrigens leicht entdecken können, wenn